



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

VIII/279 - 1.12.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

| | |
|----------------------------------------------|------|
| Vorschau auf Bermuda | S. 1 |
| Die SED und die letzte Kreml-Note | S. 3 |
| Bayerischer Rundfunk unter Staatskontrolle ? | S. 5 |

Bermuda mit umgekehrtem Vorzeichen

P.R. Der ursprüngliche Ausgangspunkt der Bermuda-Konferenz war die Ablehnung einer Vierer-Konferenz durch die Sowjetunion. Ihr Hauptthema bei ihrem Beginn am 4. Dezember wird nun gerade die Bereitschaft Moskaus zu einem solchen Treffen sein. Auf das Vorhaben einer möglichst eindrucksvollen Solidaritätsbekundung wird der Westen nicht verzichten wollen, auch kaum können. Aber den antirussischen Akzent wird man wohl nicht in der ursprünglichen ^{von den USA vielleicht} beabsichtigten Schärfe setzen dürfen, wenn man sich nicht in eine schlechte Position bringen lassen will. Es ist sogar so, daß gerade eine positive Antwort an den Kreml das wesentliche Stück der Arbeit auf den Bermudas sein dürfte.

Diese Antwort wird sich zunächst natürlich am Text der Moskauer Note selbst, zu einem guten Teil aber auch an den mutmaßlichen Motiven der Sowjets auszurichten haben. Es spricht einiges dafür, daß Moskau zu der Ansicht gekommen ist, in der Note vom 3. November in der Ablehnung zu weit gegangen zu sein. Vor allem die französische Reaktion scheint man nicht erwartet zu haben. Der Kreml hat diesmal die Aufforderung einer Aufnahme Rotchinas in den Kreis der Konferenzteilnehmer zwar nicht aufgegeben, aber klar zurückgestellt. Er hat auch erkennen lassen, daß die weit verbreitete Auslegung seiner Einstellung, wie sie Anfang November den Westmächten bekanntgemacht wurde, und die in der Annahme bestand, Moskau lege zur Zeit keinen Wert auf ein

Gespräch über Deutschland - er hat zu erkennen gegeben, daß diese Annahme nicht seinen wirklichen Absichten entspricht. Der Sowjetunion konnte auch nichts an Entscheidungen in der Deutschland-Frage liegen, wie sie nach unmißverständlichen Andeutungen für die Bermuda-Konferenz ursprünglich zumindest erwogen wurden - es sei denn, Moskau wäre mit einer vollen, also auch militärischen, und endgültigen Integrierung der Bundesrepublik in den Westen einverstanden. Das aber ist nicht der Fall, wie jedermann weiß.

Auf den Bermudas wird man sich auch mit dem in der letzten Sowjetnote angeschnittenen Sicherheitsmoment befassen, d.h., präziser ausgedrückt, dem Sicherheitsbedürfnis auch der Sowjetunion, das inzwischen zu einer Art legitimen Anliegen des Kreml geworden ist, da es auch von maßgebendsten Politikern des Westens nicht mehr ernsthaft bestritten wird. Eines Tages wird man daraus praktische Konsequenzen ziehen müssen, ohne daß es die zu sein brauchen, die die Sowjets empfehlen oder ihren Verhandlungspartner aufzwingen wollen. Der Unterschied der Auffassungen im Westen in der Beurteilung dessen, was notwendig ist, besteht, grob gesprochen, darin: Während die einen der Ansicht sind, daß ein irgendwie geartetes Sicherheitssystem nur nach dem Grundsatz des Austausches von gegenseitigen Zugeständnissen und Garantien geschaffen werden kann, sagen die anderen, Anhänger des vorbehaltlosen Durchsetzens der eigenen Konzeption, was eine deutsche Zeitung in die überspitzte Formel preßte: "Wer sich von den Vereinigten Staaten trennen will, hat jetzt die beste Gelegenheit dazu. Aber er wirft sich in die Arme der Sowjets". Das ist eine, die Dinge bewußt vergrößernde, ja irreführende Alternative, eine Betrachtungsweise, die die Entwicklung nicht weiter treibt, sondern die Verhärtung des gegenwärtigen Zustandes bewirkt. Mögen die Sowjets an einer Stelle ihrer Note auch betont nur von Europa sprechen, wo die gleichzeitige Nennung der USA eigentlich unerlässlich gewesen wäre, so wird man in Moskau wohl nicht erwarten, daß sich Europa, d.h. praktisch Westeuropa, durch diesen Trick von seinen engen Bindungen an die USA radikal lösen lassen will und wird.

Auf eine besondere Gefahr freilich muß nachdrücklich hingewiesen werden, daß nämlich eine Entspannung auf Kosten des gesamtdeutschen Interesses beabsichtigt ist oder in der Wirkung erreicht wird. Anzeichen dafür liegen leider vor, wenn auch keine ausdrücklichen Erklärungen, was ja auch nicht zu erwarten ist. Hier wird man nicht aufmerksam genug sein können.

Überraschung in Pankow

EZ - Berlin

Die Tatsache, daß das neue Kreml-Angebot auch für Pankow höchst überraschend kam und in den Kreisen des SED-Zentralkomitees Verwirrung ausgelöst hat, läßt darauf schließen, daß Moskau ohne jede Rücksicht auf die Absprachen mit der Sowjetzonenregierung über taktische Fragen vorgegangen ist. Der kürzliche "Erholungsurlaub" Ulbrichts in Moskau hat, daran ist nicht zu zweifeln, mindestens einer gemeinsamen Sprachregelung in der weiteren Behandlung der Deutschland-Frage gegolten. Ein Ergebnis dieser Besprechungen ist die Regierungserklärung gewesen, die Ulbricht am 25. November vor der Volkskammer abgegeben hat.

Auch der Erklärung Ulbrichts lag die Absicht der massiven Einwirkung auf das französische Volk zugrunde. Über diesen taktischen Schachzug im öst-westlichen Spannungsfeld hinaus aber enthielt das von Ulbricht entwickelte Konzept stillschweigend das Eingeständnis, daß alle Versuche, die Deutschland-Frage auf Viermächte-Ebene zu lösen, wenigstens für den Augenblick in eine Sackgasse geraten sind.

Wenn einen Tag nach der Ulbrichtschen Erklärung der Kreml sein Einverständnis mit einer Berliner Vierer-Konferenz über Deutschland den Westmächten mitteilt, obwohl er diese Konferenz bisher stets von einer Fünfer-Konferenz über allgemeine Fragen der Weltspannung abhängig gemacht hatte, dann hat er eine völlig neue Situation geschaffen, in die sich Ulbrichts Erklärung nicht ohne weiteres einfügt.

So ist die Überraschung, die die neue Note des Kreml bei der SED-Regierung ausgelöst hat, verständlich. Sie hat sowohl dem ZK als auch der Regierung den Atem verschlagen. Dies geht schon daraus hervor, daß weder das Zentralorgan der SED, das "Neue Deutschland", noch die Zeitung der sowjetrussischen Hochkommission, die "Tägliche Rundschau", in den ersten Tagen nach Absendung der Note einen eigenen Kommentar brachten. Erst am 29. November veröffentlichte die "Tägliche Rundschau" einen kurzen Kommentar, ohne freilich dabei wesentliches über die neue Wendung zu sagen. Im Gegenteil, die Zeitung wehrt sich eigentlich nur gegen den westlichen Vorwurf, die Sowjetunion habe jemals ein solches Vierer-Treffen über das Deutschland-Problem abgelehnt. Der Artikel trägt die bezeichnende Überschrift: "Die Tür bleibt offen". Wie wenig man in Berlin-Pankow mit der neuen Kreml-Note gerechnet hat, erhellt

weiter der Umstand, daß man in der Überraschung nicht einmal Zeit fand, die nach solchen wichtigen Kreml-Schritten geradezu obligate Resolutionswelle in den sowjetzonalen Betrieben in Gang zu setzen.

Es ist nicht unbekannt geblieben, daß am 28. November im Pankower Außenministerium und im Politbüro der SED sehr lange Besprechungen stattgefunden haben, nachdem auf eine Anfrage der Regierung bei der sowjetischen Hochkommission lediglich der Stellvertreter Semjonow, Miroschnitschenko, eine kurze, wenig besagende Erklärung abgegeben hatte. Ließ sich Semjonow als abwesend verleugnen? Am Abend des 28. November nahm er jedenfalls überraschend an einem Empfang der jugoslawischen Militärmission in Westberlin teil, die anlässlich des jugoslawischen Unabhängigkeitstages veranstaltet wurde.

Wie aus gut unterrichteten Kreisen in Ostberlin verlautet, soll bei den Besprechungen des Politbüros und führender Funktionäre des sowjetzonalen Außenministeriums erklärt worden sein, es sei unmöglich, daß der Kreml durch eine neue Politik die DDR im Stich lasse. Mögen heute die Verhältnisse auch anders liegen, feststeht, daß auch am 9. Juni 1953 Semjonow der SED-Regierung und dem ZK eine neue Politik aufzuzwingen versuchte, die im radikalen Gegensatz zu der von der SED im Sommer verkündeten Politik des "Aufbaus des Sozialismus" stand. Wenn diese neue Politik nicht zur Auswirkung kam und lediglich im "neuen Kurs" mit völlig unwesentlichen Verbesserungen ihren Ausdruck fand, so liegt das in der totalen Erschütterung, die das ganze politische System der Zone durch den 17. Juni erlitten hat. Die Notwendigkeit, zunächst die staatliche Autorität wiederherzustellen, führte zu neuen Terrormaßnahmen durch die Sowjets. Die Besprechungen, die damals Semjonow mit Vertretern bürgerlicher Parteien über eine Umbildung der Regierung und eine Zurückdrängung des Einflusses von Ulbricht führte, mußten angesichts der Lage ohne Wirkung bleiben.

Es gibt politische deutsche Freunde Semjonows, die trotz der Radikalisierung des SED-Kurses nach dem 17. Juni immer wieder aufgrund von Aussprachen mit dem sowjetischen Hochkommissar die Ansicht vertreten haben, daß Ulbricht von den Sowjets nur noch eine Galgenfrist bekommen hat. Ob mit dem Moskauer Angebot einer Berliner Vierer-Konferenz heute für den Kreml der Augenblick einer Änderung seiner Deutschlandpolitik gekommen ist, das läßt sich nur am runden Konferenztisch selbst feststellen. Die Annahme des sowjetischen Konferenzangebots ist allein aus diesem Grunde eine Notwendigkeit für die westlichen Staatsmänner.

Staatskontrolle im Bayerischen Rundfunk ?

J.F.W. Der bayerische Kultusminister hat der deutschen Öffentlichkeit in den letzten Wochen die Lehre erteilt, daß es nicht nur die Bundesinstanzen sind, von denen - siehe Pläne für ein Informationsministerium und Verbot des Films "Fünf Minuten nach 12" - Angriffe auf die Meinungsfreiheit drohen. Das massive Verlangen der bayerischen Staatsregierung auf Kontrolle des Schulfunks, ihre Forderung, eine Auskunftspflicht des Rundfunks gegenüber der Regierung festzulegen, beweisen, daß die gleichen Übergriffe der Exekutive gegen die meinungsbildenden Faktoren des öffentlichen Lebens, die es in Bonn abzuwehren gilt, auch in den Ländern möglich sind. So zeigen die Vorgänge im föderalistischen München, daß der Föderalismus an sich keineswegs der Schutzwall gegen Kompetenzausweitungen der Verwaltungsbürokratie ist, als den er sich gerne feiern läßt. Zur Stärkung dieses Walles bedarf es vielmehr einer demokratischen Haltung, die die Freiheit um ihrer selbst willen auch dann zu achten gewillt bleibt, wenn sie der Bürokratie einmal lästig wird.

Die Forderung der bayerischen Regierung, auf Auskunftspflicht des Rundfunks und Unterstellung des Schulfunks unter ihre Aufsicht, haben gezeigt, daß diese Erkenntnis in der münchener Staatskanzlei nicht von vornherein zu Hause ist. Umso erfreulicher bleibt es, daß mit dem Überraschungseingriff der Regierung im kulturpolitischen Unterausschuß des Landtages noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Nachdem sich in diesem Ausschuß bereits eine heftige Kritik der Opposition an den Bestrebungen der Regierung bemerkbar machte, hat jetzt die SPD ihre Bedenken im Landtagsplenum angemeldet.

Es lassen sich in der Tat keine Argumente finden, um die Forderungen der bayerischen Regierung zu verteidigen. Der Rundfunk untersteht in seiner gesetzlich verankerten Organisationsform als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit gutem Grunde nicht der Staatsaufsicht. Die Begründung der Regierung, eine Auskunftspflicht des Rundfunks ihr gegenüber müsse erzwungen werden, damit sie im Landtag auf Anfragen über die Tätigkeit des bayerischen Rundfunks Antwort geben könne, übersieht, daß solche Anfragen nicht in den Landtag, sondern in den Rundfunkrat gehören. Die Autorität der Regierung leidet keineswegs, wenn sie sich gegenüber Anfragen, die nicht in den Landtag gehören, für unzuständig erklären muß.

Noch befremdender mutet das Verlangen des Kultusministeriums an, ihn aufgrund seiner Verantwortung für die Zulassung von Lehrmitteln ein Zensurrecht gegenüber den Schulfunksendungen einzuräumen. Der Schulfunk ist keine "drahtlose Schulstunde", der Bayerische Rundfunk als Produzent befindet sich gegenüber dem Ministerium etwa in der Rolle eines Verlegers. Jeder Buchverlag wird es aber mit Recht ablehnen, das Ministerium als Zensurstelle anzuerkennen, wenn diese Behörde ein solches Kontrollrecht mit der Begründung, daß die verlegten Bücher im Unterricht Verwendung finden, fordern sollte. Selbstverständlich hat das Ministerium das Recht, die Benutzung bestimmter Sendungen im Unterricht zu verbieten. Die geforderte Zensur überschreitet dieses Recht aber bei weitem.

Verantwortlich: Peter Raunau